

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919**

17.11.1919 (No. 269)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 952, 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich:
Hauptredakteur
E. Knecht
Druck
und Verlag:
G. Braunische
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 6 A 15 R; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung ausfallslos 6 A 90 R. — Einzelnummer 15 P. — Anzeigengebühr: die 7 mal gespaltene Zeile oder deren Raum 35 P. zuzüglich 30 % Leuzungszuschlag. Briefe und Gelder frei. Bei Rückstellungen arifmetischer Natur, der als Kassenabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klageerhebung, Zwangsversteigerung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Kassenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.
Zur Milchverforgung.

Nach § 11 der Badischen Milchverordnung vom 28. November 1917 erhalten die Liefergemeinden Preiszuschläge für gute Milchlieferungen, die bisher 1, 2, 3 und 4 Pfg. je Liter betragen, je nachdem 80—100, 100—110 oder 120 und mehr v. H. der Liefermenge geliefert wurden. Da diese Lieferprämien den heutigen Verhältnissen nicht mehr entsprechen, hat das Ministerium des Innern sie auf einen im Landesmilchsausschuß gestellten Antrag hin auf 8, 11 und 14 Pfg. für je einen Liter erhöht. Gleichzeitig wurde bestimmt, daß künftig diejenigen Kuhhalter, die 90 v. H. oder mehr ihres Milchliefererolls liefern, die Preisprämie erhalten sollen, ohne Rücksicht darauf, ob die Gesamtgemeinde 90 Prozent oder weniger geliefert hat. Da den Bedarfsgemeinden durch die Erhöhung der Lieferprämien unter Umständen nicht unerhebliche Mehraufwendungen erwachsen werden, die auf allgemeine Mittel zu nehmen, ihnen auf die Dauer nicht wird zugemutet werden können, so wird sich eine mäßige Erhöhung des Verbraucherpreises nicht überall umgehen lassen. Mit Rücksicht darauf, daß die finanzielle Wirkung der Preiszuschläge für die einzelnen Kommunalverbände verschieden sein wird und nicht allgemein vorausberechnet werden kann, sind die Kommunalverbände ersprechend wiederholt gesüherten Wünschen ermächtigt worden, den Verbraucherpreis für Vollmilch selbst festzusetzen. Die Preisfestsetzungen der städtischen, wie auch der ländlichen Kommunalverbände bedürfen der Genehmigung durch die Landesfestsetzungsstelle. Um die Verbraucherpreise für Vollmilch nicht allzu hoch werden zu lassen, wurden die Lagermilchpreise um ein geringes erhöht. Entsprechend den Milchprämien mußten auch die für Lieferungen von Tafelbutter über das Lieferoll hinaus vorgesehenen Zuschläge von 10 Pfg. auf 25 Pfg. für je 1 Pfd. erhöht werden. Auch die Festsetzung des Verbraucherpreises für Butter und Butterschmalz soll künftig den Kommunalverbänden, vorbehaltlich der Genehmigung durch die Landesfestsetzungsstelle, überlassen werden. Um die Bildung von Genossenschaften zu fördern, mit denen die Bedarfsgemeinden ihre Milchlieferungsverträge künftig werden abschließen müssen (vergl. Artikel „Die Milchverforgung“ in Nr. 242 der „Karlsruh. Zeitung“ vom 16. Oktober 1919) ist nunmehr die Gewährung eines um 2 Pfg. höheren Preises für die durch Genossenschaften gelieferte Milch für den Fall vorgesehen, daß die Milch besonders behandelt worden ist und die Lieferung mindestens 80 v. H. der Sollmenge beträgt. Diese beiden Voraussetzungen entsprechen den Bestimmungen des Muster-Milchkaufvertrags des Badischen Rotereiverbandes, wonach eine Spannung von 20 v. H. der gekauften Milchmenge nach oben oder unten zulässig ist und wonach die Milch besonderen Vorschriften genügen, insbesondere gut gefüllt und gereinigt sein muß. Die Bedarfsgemeinden werden durch diese letzteren Preiszuschläge deshalb nicht belastet werden, weil die Landesfestsetzungsstelle ermächtigt ist, den Genossenschaften im Einzelfall die Art und Weise der Aufbringung zu überlassen. Also von dem Erfordernis der monatlichen Umlegung abzusehen, wodurch den Bedarfsgemeinden die nicht unbedeutenden Kosten der monatlichen Milchumlegungen erspart bleiben.

Die Anweisung d. einmaligen Beschaffungsbeihilfe im Unterrichtsministerium.

In Nr. 21 des „Volksfreund“ v. 12. November 1919 ist die Durchführung der Anweisung der einmaligen Beschaffungsbeihilfe im Geschäftsbereich der Unterrichtsverwaltung einer abfälligen Kritik unterzogen und die Befragung aufgestellt, daß die „Zuführung der Beschaffungszulage“ bei der Eisenbahnverwaltung und auch anderen Behörden bis zum 4. November 1919 durchgeführt gewesen sei, während die Anweisungszulagen der Unterrichtsverwaltung am 11. November 1919 noch nicht der Landeshauptkasse zugestellt gewesen seien. Diese Befragung ist schon deshalb unzutreffend, weil die vom Finanzministerium bestellten Bordrude erst am 8. November 1919 nachmittags von der Druckerei geliefert wurden und infolgedessen die Bearbeitung dieser Anweisungen erst am 4. November 1919 begonnen werden konnte. Dem Unterrichtsministerium ist es nur durch verstärkte Heranziehung des Rechnungs- und Kanzleipersonals, sowie erhebliche Anziehung von Überstunden möglich geworden, die Bearbeitung der etwa 3000 Einzelanweisungen im Entwurf und Reinschrift für rund 7000 Beamte und Beherer so zu fördern, daß der ununterbrochene Bestand der Ausfertigungen an die Landeshauptkasse, Bezirks- und Ortsstellen am 13. November beendet worden ist. Nach den eingezogenen Erfindungen hat das Anweisungsgeschäft auch bei anderen Behörden noch nicht zu Ende geführt werden können. Der gegen die Unterrichtsverwaltung erhobene Vorwurf der verspäteten Behandlung der Angelegenheit stellt sich daher als eine leichtfertige Behauptung dar, die jeglicher Begründung entbehrt.

Das Landeswirtschaftsamt,

das bisher zum Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern gehörte, ist mit Wirkung vom 1. November 1919 dem Reichsministerium unterstellt worden.

Einstellung der Getreideentkeimung.

Nach neuerlicher Mitteilung hat der Reichsausschuß für pflanzliche und tierische Ole und Fette infolge der Einstellung der pflichtmäßigen Entkeimung die Annahme der Getreideentkeimung durch seine Sammelstellen und Ölmehle mit dem 31. Oktober 1919 abschließen.

Obstweihnachtspreise.

Es sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Obstweihnachtspreise für alle zum Verkauf gelangenden Obstweine gelten, einerlei ob sie aus einheimischen oder ausländischem Most, obst hergestellt sind. Die Preise beziehen sich für reinen Obstwein ohne Wasserzufuhr.

Notstandsverforgung d. Krankenanstalten mit Kleidungs- und Unterkunftsbedarf.

Die Reichsbekleidungsstelle teilt mit: Die Verforgung der Krankenanstalten mit Bekleidungsstoffen durch die Abteilung B der Reichsbekleidungsstelle ist mit Wirkung vom 19. Juni d. J. aufgehoben worden. Die Anstalten haben sich nunmehr ausschließlich an den freien Handel zu wenden. Für sonstige Textilien (Oberkleidung, Wäsche, Tricotagen und Strumpfwaren) wird das Bezugssystemverfahren in kurzer Zeit aufgehoben werden. Die Anstalten und Behörden sind dann in der Lage, Textilien im freien Handel ohne jede Beschränkung zu erwerben (soweit sie nicht der Beschlagnahme unterliegen). Außerdem bleibt aber die Verforgung der Anstalten mit Ware aus reichsseitigen Beständen durch die Abteilung B der Reichsbekleidungsstelle als „Notstandsverforgung“ einseitig bestehen, da der freie Handel noch nicht genügend leistungsfähig ist. Die Anstalten und Behörden sind daher in der Lage, sich in der bisherigen Weise an die Reichsbekleidungsstelle, Abteilung B für Anstaltsverforgung zu wenden. Die Abteilung B wird die Dedung des Bedarfs, soweit irgend möglich, aus den ihr zu Gebote stehenden Quellen behilflich bewerkstelligen. Die Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle vom 5. April d. J., wonach die freizubehaltende Heereswäsche den Kommunalverbänden überwiesen werden sollte, ist wieder aufgehoben. Statt dessen erfolgt die Zuteilung von Heeresbeständen an Anstalten und Behörden jetzt ebenfalls durch Vermittlung der Abteilung B der Reichsbekleidungsstelle. Es handelt sich bei diesen Heeresbeständen vielfach um gebrauchte, aber durchaus noch leiblich gut erhaltene Ware. Die Preise sind nicht einheitlich, werden aber so billig als möglich gestaltet. Soweit den Anstalten oder Behörden eine in der Nähe gelegene militärische Stelle (Weserlager oder dergleichen) bekannt ist, deren Bestände vermutlich frei werden, ist eine Mitteilung davon der Abteilung B erwünscht, damit sie nach Möglichkeit eine Zuteilung aus den betreffenden Beständen bewerkstelligen kann. Die Verforgung der Kommunalverbände mit Waren für ihre bedürftige Bevölkerung und für die Erfüllung ihrer gesetzlichen Fürsorgepflichten (außerhalb der Anstalten) bleibt durch diese Mitteilung unberührt.

Das Ergebnis der Bezirks- und Kreiswahlen.

Die amtliche Zusammenstellung über das Ergebnis der Bezirks- und Kreiswahlen in Baden ist nunmehr fertiggestellt. Darnach gehören von den 518 insgesamt in die neuen Bezirksräte Gewählten den Parteien an: der Zentrumsparlei 233, der sozialdemokratischen Partei 130, der deutsch-demokratischen Partei 107, der deutsch-nationalen Partei 26, der unabhängigen Sozialdemokratie 5. Anderweitige politische Richtungen sind im ganzen mit 17 Bezirksräten vertreten.

Prozentual ausgedrückt beläuft sich der Anteil der Parteien bei der Zentrumsparlei auf 45% (bisher 31%), bei der sozialdemokr. Partei auf 25,1% (bisher 7,3%), bei der deutsch-demokratischen Partei auf 20,6% (bisher 38,1% Nationalliberale und Fortschritt. Volkspartei), bei der deutsch-nationalen Partei auf 5% (bisher 5,6% Reichstagsvereinig.), bei der unabhängigen Sozialdemokratie 1% (bisher 0%). Der Anteil sonstiger politischer Richtungen auf 3,3%. Die Feststellung der Verufe der gewählten Bezirksräte ergibt folgendes Bild: Selbständige Gewerbetreibende 150, Landwirte 120, Arbeiter 80, Staats- und Gemeindebeamte 56, Betriebsbeamte und Angestellte 40, Freie Verufe 26, Sonstige (unbekannt, zweifelhaft) 46.

Es entfallen auf die Gemeinden unter 4000 Einwohner 71%, auf die Gemeinden über 4000 Einwohner 29% der gewählten Bezirksräte.

Kreisabgeordnete: Die Mitgliederzahl der Kreisversammlung beläuft sich: im Kreis Konstanz auf 44 Mitglieder, im Kreis Billingen auf 21, im Kreis Waldshut auf 28, im Kreis Freiburg auf 57, im Kreis Lörrach auf 26, im Kreis Offenburg auf 33, im Kreis Waden auf 31, im Kreis Karlsruhe auf 69, im Kreis Mannheim auf 46, im Kreis Heidelberg auf 36, im Kreis Mosbach auf 49.

Von den Gewählten gehören an der Zentrumsparlei 196 (bisher 112), der sozialdemokratischen Partei 104 (bisher 37), der deutsch-demokratischen Partei 105 (bisher 152 Nationalliberale und Fortschrittliche Volkspartei), sonstigen Parteien 42 (bisher 23).

Es entfallen auf die Gemeinden mit über 4000 Einwohner 146 Kreisabgeordnete; im Verhältnis zur Einwohnerzahl sollten auf sie 175 Kreisabgeordnete entfallen; insgesamt sind also 29 Mitglieder zu wenig vorhanden. Auf die Gemeinden unter 4000 Einwohner verteilen sich 301 Kreisabgeordnete; im Verhältnis sollten von ihnen 272 Mitglieder in der Kreisversammlung entfallen sein. Die kleineren Gemeinden haben also 29 Kreisabgeordnete mehr, als ihnen nur nach der Einwohnerzahl berechnet zuzukommen.

\* Die Reaktion macht mobil!

Wir haben seit einem Jahr den demokratischen Staat. Und dieser Staat garantiert einem jeden Bürger nicht nur das Recht der eigenen Überzeugung schlechthin, sondern auch das Recht, diese seine eigene Überzeugung nach Gutdünken zu äußern und zu betätigen, vorausgesetzt, daß dabei die für die Gesamtheit geltenden gesetzlichen Bestimmungen beachtet werden. Grundsätzlich steht einem jeden Bürger ein jedes Amt offen. Und wenn die führenden, politischen Ämter der Opposition nicht zugänglich sind, so liegt das im Wesen des demokratischen Staates begründet, der begrifflicherweise die leitenden Staatsmänner nur aus der Mehrheit entnehmen kann. Jedenfalls kommt heute jeder zu seinem politischen Recht. Und das dem so ist, bedeutet doch wohl immerhin eine der „Erregungszustände der Revolution“, von denen alle Schichten des Volkes profitieren.

Also auch die Parteien der Reaktion. Dessen sollten sich diese Parteien aber auch bewußt sein. Sie treiben in der Tat heutzutage Oppositionspolitik in einer Form, die nur unter dem neuen System, unter dem System der politischen Freiheit, möglich ist, die aber unter dem alten System völlig ausgeschlossen wäre. Sehen wir einmal den Fall, die führenden Männer der Reaktion hätten nach Verwirklichung ihrer Ziele wieder das Szepter in den Händen, so würden sie dafür gesorgt haben, daß solche Vorfälle, wie sie sich am Freitag und Samstag in Berlin abgespielt haben, solche offenkundig gegen die legale Regierung gerichteten Heldendemonstrationen nicht vorkommen wären.

Nun, der demokratische Staat ist großzügiger. Er vertraut der Kraft der Idee, deren Verförperung er ist, und rechnet damit, daß die Mehrheit des Volkes jenes Treiben verurteilt. Natürlich läßt sich die Frage aufwerfen, ob es gut ist, um eines Ideals willen der Opposition jene weitgehende Agitationsfreiheit einzuräumen, zumal in einer Zeit, die Ruhe und ordnungsgemäßen Zusammenschluß des Volkes so bitter nötig hat. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß der demokratische Staat, wenn er sich und seine ideale Grundlage nicht aufgeben will, allerdings Toleranz zu üben und die freie Entfaltung aller Anschauungen im Staate zu dulden hat, sofern damit nicht die Existenz des Staates selbst und der Nation unmittelbar bedroht wird.

Dann aber sind wir noch aus einem anderen, praktisch-politischer Erwägung entsprossenen Grunde für eine derartige Toleranz. Mit Gewaltmaßnahmen schafft man nur Märtyrer, und mit großer Aufregung erweife man der Opposition eine Aufmerksamkeit und Beachtung, die ihr in solchem Umfang nicht zukommt.

Dann aber die Hauptfrage: Ist es für die Regierungsparteien bzw. für alle Parteien, die die Reaktion bekämpfen, nicht der beste Ansporn zu kraftvoller Betätigung, wenn die Reaktion nun wirklich mobil macht, auf die Straße geht und alle jene destruktiven Manöver in Szene setzt, deren sich bisher nur der Linksbolschewismus zu bedienen pflegte? Ist es nicht gut, wenn die übrigen Parteien, durch diese Demonstrationen gewarnt, endlich die Gefahr begreifen lernen die vom Rechtsbolschewismus her droht? Sollten die Vorkommnisse in Berlin nicht die eine segensreiche Folge haben, daß sich die Regierungsparteien noch fester zusammenschließen, und daß sie dem ganzen Volke, vor allem aber den Massen der arbeitenden, im Gehalts- oder Lohnverhältnis stehenden, unter dem Fluch des Kapitalismus leidenden Bevölkerung die Notwendigkeit einer bewußteren Abwehr klar machen? Und sollte unser Volk in seiner großen Mehrheit nicht gehet genug sein, um nach diesen Demonstrationen zu erkennen, daß der Sozialismus, die Schicht der früheren Privilegierten, der früheren Volksbeherrscher, jetzt die Zeit für gekommen erachtet, um zum offenen Krieg überzugehen? Daß sich die Reaktion dabei jugend-

licher Torheit und sentimentaler Dummheit bedient, ver- rät uns nur, daß sie mit allen Mitteln zu arbeiten ent- schlossen ist.

Herr Helfferich, dessen unglaublich leichtfertiger Finanzpolitik wir zum großen Teil unser heutiges Elend verdanken, Herr Helfferich, dessen Seiltänzerdiplomatie die zum System erhobene Unfähigkeit in Berlin noch verhängnisvoller machte, dieser selbe Herr Helfferich hält ungeniert eine reaktionäre Wahlrede vor dem Unter- suchungsausschuß und legt mit seiner Unver- rorenheit die ganze Geschäftsführung des Ausschusses lahm. Hindenburg wäre, wenn er faktisch vor den Ausschuß geladen gewesen wäre, nicht erschienen, weil mehrere Tausend von Studenten, Schülern und Schülerinnen — hoffnungs- und jugend, der es offenbar dank dem vollen Geldbeutel des Herrn Bapa zu gut geht — ihn mit Gewalt daran verhinderten. Und eine Versammlung der Völkerverbündigen wird von alldeutschen Radaubrüdern und Mittmeistern, die früher ihre Soldaten schunden und recht weit hinten bei Sekt und diden Zigarren den Krieg hoch leben ließen, gesprengt.

Das sind wahrlich Ereignisse, die zu denken geben sol- len. Wir überschätzen ihre Bedeutung nicht. Wir sind der festen Überzeugung, daß unser Volk, das ja allerdings in politischen Dingen reichlich dumm und gut- mütig ist, doch nicht so dumm sein wird, um noch einmal auf den Vortritt und die Werbung derer hineinzufallen, die aus des Volkes Not und Arbeit sich ein Herrendasein schaffen. Aber nötig ist es trotzdem, den Kampf gegen die Reaktion besser zu organisieren und ihr nicht das Leben gar zu leicht zu machen.

Dieser Kampf sollte nicht schwer sein. Die Reaktion will positiv die Rückkehr eines Systems, das uns den Zusammenbruch des Sommers und des Herbstes 1918 ge- bracht hat. Regatio will sie die Unterwerfung der arbei- tenden Bevölkerung unter das Diktat des Kapitalisten, den alten Kulturkampf der Konfessionen, die Beeinträch- tigung der demokratischen Freiheit. Das ist allerdings ein Programm, dessen Gefährlichkeit doch auch der Gut- mütigste erkennen sollte.

Was aber die handhabbaren Vorgänge bei den Verhand- lungen des Untersuchungsausschusses anlangt, so sagen wir für heute nur das eine: Die Revolution hat ihren schweren Fehler gemacht, der sich heute bitter rächt; sie hätte die Schuldigen sofort vor das Fo- rum des Volkes ziehen sollen. Das hätte uns nach innen und nach außen genützt und hätte Szenen der Anmaßung und Überheblichkeit, wie wir sie jetzt er- leben, unmöglich gemacht!

## Politische Neuigkeiten.

### Reichskanzler Bauer über die Kohlenbe- lieferung Süddeutschlands.

Auf ein vom bayerischen Handelsminister an den Reichs- kanzler gerichtetes Telegramm, das auf die in Süddeutschland kurzfristigen Verträge hinweist, man beabsichtige in Berlin um Transporterleichterungen die ganze süddeutsche Industrie still- zulegen und nur noch norddeutsche Industrien mit Kohlen zu beliefern, ist vom Reichskanzler Bauer Antwort ergangen, in der es heißt:

Die starken Einschränkungen in der Kohlenbelieferung er- folgen grundsätzlich im ganzen Reich gleichmäßig. Unbeab- sichtigt, aus der faktischen Lage sich ergebende Unregelmäßig- keiten sind vorübergehend nicht zu vermeiden. Deshalb ist ge- rade die jegliche Sperre des Personenverkehrs verfügt, um be- sonders Süddeutschland fester mit Kohlen zu versorgen. Der tägliche Streckenverkehr nach Süddeutschland konnte dadurch nahezu verdoppelt werden. Da lebenswichtige Industrien zu- erst brüchig werden, ist auch in Norddeutschland bei an- deren Betrieben vielfach eine Stilllegung unabwendbar, wie z. B. bei den wichtigen Mitteldeutschen Kaliverken, die wegen Kohlenmangels nicht arbeiten können. Abhilfe kann nur möglich werden, wenn die jegliche verstärkte Abladung durch dauernde gute Leistungen in den Eisenbahnwerkstätten anhält und wenn möglich noch gesteigert wird. Dafür bitten wir auch die durch die Arbeitseinstellung bedrohten Arbeiter ihre Stimme zu erheben.

## Neues von Kubin.

Von Will Scheller.

Von den graphischen und illustrativen Werken des Ver- fassers der „Andere Seite“ ist an dieser Stelle schon manches einer eingehenden Würdigung unterzogen worden, so daß der Name dieses eigenartigen Künstlers hier schon einen gewissen vertrauten Nachklang erwecken dürfte. Mittlerweile hat er etliche neue Schöpfungen der Offenheit übergeben, welche den Anspruch einer genaueren Betrachtung erheben und geeignet sind, weitere Einblicke in das Wesen dieses dämonischen Zeit- genossen zu ermöglichen.

Zunächst ist die Neuausgabe des Romans „Die andere Seite“ (Georg Müller, Verlag, München) zu erwähnen, und zwar besonders deshalb, weil sie um eine Autobiogra- phie des Dichters von mehr als sechzig Seiten erweitert worden ist. Die ersten beiden Teile dieser Lebensbeschreibung hatten schon der inzwischen vergriffenen „Sanfara“-Mappe beigegeben; es ist nun ein dritter Teil hinzugekommen, der die Zeitspanne von jener ersten Publikation bis zur vorlie- genden umfaßt und den älteren Abschnitten an Rückhaltigkeit des Bekenntnisses nichts nachgibt und wie jene über das innerste Erleben des Verfassers denkbar ehrlichste Auskünfte vermittelt. Freunde Kubins werden ein gewisses Bedauern darüber nicht unterdrücken können, daß er diese höchst persön- lichen Konfessionen nun auch der breitesten Öffentlichkeit vor- gelegt hat; sie werden das als eine Art Entweihung der von ihnen selbst mit Ehrfurcht betrachteten Vorgänge im Inneren dieses Meisters der Vermittlung metaphysischer Gehalte durch die Kunst empfinden. Andererseits ist ja nicht zu leug- nen, daß gerade vermöge dieses aufschlußreichen Dokumentes der tiefe Ernst jener Kunstübung erhärtet wird und Kunst- betrachter, die, wie beispielsweise Paul Klee, derartige Schöpfungen dem Gelächter der Menge preisgeben versucht haben, ihrerseits beschämt und in den Winkel ihrer geistigen und moralischen Nichtigkeit zurückgewiesen werden.

## Fortdauer der Verkehrseinschränkungen bis Ende des Jahres?

\* Wie aus dem Reichsministerium gemeldet wird, ist mit einer Verkehrsbeschränkung bis zu 20% des Friedensfahr- planes für die Zeit bis zum 31. Dezember zu rechnen. Haupt- sächlich wird um die Weihnachtszeit mit starken Einschränkungen gerechnet werden müssen. Eine vollkommene Verkehrs- sperre soll in Zukunft vermieden werden. In der Zeit zwi- schen den Jahren soll versucht werden, die Anzahl der Trans- portzüge zu beheben. Da von einer Kohlennot im engeren Sinne nicht mehr gesprochen werden könne, hoffe man, mit Beginn des neuen Jahres die Personenzüge wieder verkehren zu lassen. Die Schaffung einer Kohlenzolltarif ist in Aussicht genommen.

## Schwerwiegende Einschränkung der Kohlenverförgung.

\* Von zuständiger Berliner Stelle wird mitgeteilt: In der Kohlenverförgung ist eine schwerwiegende Entscheidung ge- troffen worden. Trotz aller Bemühungen, die Vorräte der Eisenbahn an Dienstkohle zu heben, brachten die letzten Wo- chen weitere Verminderung der Bestände. Einzelne Eisen- bahndirektionen haben kaum noch für drei Tage Vorräte. Im Durchschnitt werden die Vorräte in jeder Woche an einem Tage verbraucht. Abgesehen davon, daß sich auf diese Weise nur noch ein ganz unwirtschaftlicher Betrieb durchführen läßt, muß dieser Zustand unaufhaltsam zum Zusammenbruch füh- ren. Nicht aber der Eisenbahnverkehr zusammen, so hört auch die allgemeine Kohlen- und Lebensmittelverförgung auf.

Vor dieser fundamentalen Gefahr muß in diesem Augenblick alles andere zurücktreten. Um ihr zu begegnen, haben sich die verantwortlichen Stellen der Regierung zu einem Gewalt- mittel entschlossen. Die Eisenbahnen werden in den nächsten Tagen an allererster Stelle beliefert werden, bis sie wieder einige Vorräte haben. Es wird versucht, die lebenswichtigen Betriebe hierunter möglichst wenig leiden zu lassen. Die übrigen Verbraucher, die Industrie, besonders die Großhandels- industrie, und der Hausbrand werden fester in Mitleidenschaft gezogen. Schwere Schäden aber wird in Gefolgschaft dieser Maßnahmen nicht ausbleiben. Ganzlich zu vermeiden ist das jetzt nicht möglich. Im Augenblick müssen wir alle Kräfte aufzubringen, um die große Gefahr des Zusammenbruchs des Eisenbahnbetriebes abzuwenden, ohne Rücksicht auf etwa- ige Schäden, die dadurch in anderen Fällen entstehen können. Ist diese Hauptgefahr beseitigt, so können wir hoffen, auch der anderen Gefahren wieder Herr zu werden und die anderwärts entstandenen Schäden wieder gut zu machen.

Aus Köln wird berichtet:

Reiz Mitteilung des Kohlenkommissars können die Siegländer Werke wegen der vom Reichskohlenkommissar getroffenen an- derweitigen Verfügungen mit Kohlen nicht beliefert werden. Die Siegländer Werke sind deshalb gestern beim Reichskohlen- kommissar in dringender Weise telegraphisch vorstellig gewor- den und haben ihn darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn nicht sofort eine ausreichende Kohlenbelieferung erfolgt, die ganzen Siegländer Werke zum Erliegen kommen werden. Ein vollständiger Zusammenbruch des Sieglandes würde die un- ausbleibliche Folge sein, zudem würden, nachdem sie erst einen zwei- bis dreiwöchigen Streik hinter sich liegen haben, die schlimmsten Arbeiterunruhen zu befürchten sein.

## Ein Zwischenfall im Untersuchungsausschuß.

Zu einer längeren Geschäftsordnungsdebatte führte im Verlauf der Samstags-Sitzung die Weigerung Dr. Helfferichs, eine Frage des Beisitzers Dr. Cohn direkt zu beantworten, mit dem Eingreifen, daß er, vor einem Gerichtshof stehend, nach der Strafprozeßordnung das Recht haben würde, Dr. Cohn als Richter abzulehnen. Nach einmündiger Beratung verknüpfte der Vorsitzende Dr. Warmuth folgenden Be- schluß:

„Der Ausschuß hat mit dem Stimmenverhältnis 4 zu 2 folgenden Beschluß gefaßt: Der Ausschuß ist kein Gerichtshof. Seine Verhandlungen sind auch kein Vorverfahren für den Staatsgerichtshof. Er hat kein Urteil zu fällen. Ablehnung eines Beisitzers aus persönlichen Gründen ist unzulässig, eben- so Nichtbeantwortung der von einem einzelnen Mitglied ge- stellten Fragen. Eine Ablehnung der Beantwortung von Fragen steht einem Zeugen nur aus Gründen der Straf- prozeßordnung zu.“

Auf die Frage des Vorsitzenden an Dr. Helfferich, ob er jetzt bereit sei, Fragen von Dr. Cohn zu beantworten, erklärte Dr. Helfferich unter Bewegung und Weisfall im Zuhörer- raum und bei der Presse, daß der Beschluß an den für ihn maßgebenden Gründen nichts geändert habe und nach wie vor nicht bereit sei, Fragen von Dr. Cohn zu beantworten. Für diesen Fall ist mit gleichem Stimmenverhältnis 4 gegen 2, bei Stimmhaltung des Abg. Dr. Cohn, folgender Beschluß des Ausschusses ergangen, den der Vorsitzende verliest:

Die Kunst Alfred Kubins ist eine rein geistige Kunst. In diesem Schöpfenden treten chaotische Elemente umeinander, Kräfte des Weltalls, wie sie in jedem schöp- ferischen Menschen, in verschiedener Stärke freilich, eingeschlos- sen erscheinen und mit Angetrieben aus ihm herausdrängen; die Entwicklung des Künstlers vollzieht sich im Kampfe um die Bändigung dieser Elemente, und was der Künstler schafft, ist im Grunde lediglich Randglosse zum Ringen des Geistes, der dem Chaos im Künstler gegenübersteht, mit diesen Gemalten uncharakteristischer Abstammung. Deshalb eignet den Bildern Kubins immer jene geheime Physiognomie eines Wissens, vor dem es dem Philister graut und das er seiner unüberbrücklichen Natur nach, wie das Verhalten der erwählten Art von „Kunsttrich- tern“ zeigt, ängstlich abzulehnen nicht umhin können, was allerdings für den Wert solcher Schöpfungen stets bezeichnend ist. Kubin gibt in allen seinen Bildern intuitive Erkenntnisse von tiefster seelischer Resonanz. Die Bildwirkung ist für ihn immer nur ein unumgängliches Mittel zur Äußerung von Gedachten, besser gesagt, Erahntem, und nicht, weil ihm das Wort, was ja nicht der Fall ist, versagt wäre, sondern weil die- ser Geist in Bildern denkt, in Denkbildern sein unabänder- liches Wesen hat.

Dieser sind seine vor einiger Zeit (bei Bruno Cassirer in Berlin erschienenen) „Blätter mit dem Tod“ außeror- dentlich bezeichnend. Das Werk umfaßt zweiundzwanzig Blätter, einen Titel und eine Schlußseite. Auf dem Titel erscheint der Tod, lauernd auf dem Rande der Welt, den Palmzweig in den Knochenfingern, von anderen Bestirnen des Univerfums in der Ferne umkreist. Dem Hauch irdischer Verwesung ist hier die Größe des Weltgebäudes in aller Schärfe konfrontiert. In der furchtbaren, stahelumbedeckten, augenberaubenden Frage „Die Maske des Todes“ kommt die schreckhaft-naive Vorstellung des Volkes in starken Strichen zum Ausdruck. Auf dem nächsten Blatte fängt der Tod, aus mondbelegtem, schauerlich naektem Schädel heraus eine unfaßliche Romane zu der wertlosen Musik einer schlaf- wanderlich geistigen Violine; hier sind die Linien garter,

„Der Zeuge Dr. Helfferich wird, da er sein Zeugnis ohne gesetzlichen Grund verweigert hat, entsprechend § 60 der Strafprozeßordnung in die durch die Weigerung verursachten Kosten sowie zu einer Geldstrafe von 900 M. verurteilt.“

Der Präsident bemerkte anschließend noch, daß der Straf- beschluß an sich nicht seiner Auffassung über die Bedeutung der angemessenen Anwendung der Strafprozeßordnung auf diesen Ausschuß entspreche. Für ihn sei die Ablehnung seiner Stellungnahme durch die Ausschlußmehrheit so bedeutend und so wichtig, daß er den Vorsitz niederlege. (Lebhafte Beifall der Pressevertreter und im Zuhörerraum.)

Abg. Warmuth übergibt hierauf den Vorsitz an den Abg. Dr. Gothein, der später rügt, daß von Vertretern der Presse Beifallskundgebungen geäußert wurden. Im Wiederholungs- fall werde er diesen Herren die Karten entziehen.

## Besteuerung der Schieber und Wucherer.

Neuerdings ist, nach einer Berliner Mitternachtmeldung, die Be- stimmung getroffen worden, daß alle Personen, gegen die ein Ermittlungsverfahren wegen Wucher und Schleichhandel an- hängig ist, unverzüglich der Steuerveranlagungskommission ge- meldet werden, um so unabhängig von der zu erwartenden Geldstrafe im weitesten Umfang zur Besteuerung herange- zogen zu werden.

## Der amerikanische Senat und der Völker- bund.

\* Die Opposition gegen den Völkerbund hat laut T.-H. ihre ersten sicheren Erfolge zu verzeichnen, indem der erste der Vorbehalte zum Friedensvertrag angenommen wurde, dem noch viele folgen werden. Die Zweidrittel-Mehrheit des Senats ist nicht mehr zu erzielen. Nach Senator Needs Ausführungen im Senat ist hauptsächlich die Stimmung gegen den Vertrag so stark geworden und wirtte so überzeugend, daß selbst Wil- sons Freunde nicht standhalten konnten. Needs jagte auch in seiner Einleitung, daß Wilson alles verproben, aber nichts ge- halten hätte. Er führte folgendes aus:

„Die erste schwere Enttäufung von Paris war, daß die „of- fenen“ Verhandlungen hinter die verschlossenen Türen statt- fanden. Die Kabelverbindungen standen unter Zensur und diese Zensur war so eingerichtet, wie es die Welt vorher noch nicht gesehen hatte. Eine Verschwörung der Finanzleute kam zustande, um den von ihnen gewollten Frieden und den Völker- bund durchsetzen zu können. Das amerikanische Volk wußte nicht und konnte nicht wissen, daß die Vereinigten Staaten als Agenten benutzt wurden, um für diese Herren die ausstehenden Gelder einzusammeln. Endlich hielt es der Präsident für an- gebracht, das Friedensabkommen dem Kongreß zu übergeben und sofort wurde auch hinzugefügt, daß dieses Dokument ohne die geringste Änderung angenommen werden müsse, um den Frieden der Welt zu erhalten. Diejenigen, die daran zu kriti- zieren wagten, wurden verächtlich behandelt und öffentlich be- schimpft.“

Jetzt wissen wir, daß dieser Völkerbund nichts weiter als eine Kombination der großen Mächte, um ihren Willen der Welt aufzuzwingen. Die Freiheit der Meere wurde ver- sprechen, aber auf Verlangen Englands wurde schnell davor wieder Abstand genommen. Überall sollte abermals wieder und England erhöht seine militärische Streitkräfte von 300 000 auf eine Million Mann. Ein Teil der Kriegsschiffe wurde zum alten Eisen geworfen und durch neue Großkampfschiffe ersetzt Englische Diplomaten erklärten, sie würden den Völkerbund niemals gegen ihre Kampfflotte eintauschen. Frankreich traf ähnliche Vorbereitungen. Italien steht dem nicht nach. Japan baut fortwährend neue Kriegsschiffe und die Vereinigten Staaten, die bis jetzt nur ein Heer von 80 000 Mann hatten, sollen auf einmal ein Heer von 500 000 Mann haben. 913 Millionen Dollars sollen wir für die Kriegsvorbereitung unter dem Friedensvertrag und unter dem Völkerbund ausgeben. Jeder amerikanische Junge von 19 Jahren soll zum Militärdienst herangezogen werden und durch eine Zwangsaushebung werden Tausende eingezogen. Das preußische System, das die Schuld an Deutschlands Niederbruch trägt, haben wir ver- urteilt, um es nun selber bei uns einzuführen. Das Selbst- bestimmungsrecht der Völker sollte durch den Friedensvertrag gefährdet werden und nun hat England nicht nur Ägypten mit 9 Millionen Einwohnern, sondern auch Persien annektiert. Wir haben zugelassen, daß China unser Verbündeter, durch Japan Schantungs herauf wurde und damit haben 36 Millionen Bewohner ihr Selbstbestimmungsrecht verloren. Wir selber haben uns im Senat darüber leicht hinweggesetzt und nur zu- gestimmt, daß ein milder Protest gegen diesen Raub erhoben wurde. Laut Artikel 10 werden unsere Soldaten, die eben erst zurückgeführt sind, wieder über das Meer geschickt, um die Kriege fremder Nationen auszufechten zu helfen.

Wenn wir in diesen famosen Völkerbund eintreten, dann liefern wir jede Frage, die uns allein betrifft, der Entschei- dung fremdländischer Nationen aus. Wir haben dann in diesem wichtigen Frage mehr ein Bestimmungsrecht, sondern müssen uns der Entscheidung der Ausländer fügen. England hat 8 Stimmen in diesem Debattierklub, denn weiter ist dieser Völ- kerbund nichts; aber Amerika hat nur eine Stimme und dann

die Verteilungen von Schatten und Licht Übergangsreicher, der irrationalen Stimmung des Augenblicks vorzüglich entspre- chend. Stark ist die von kleiner Szenerie beeinflusste Flä- chenwirkung des „Wallgesspenstes“, wo der Tod als Kanalar in Fraß und Glanzhut das entsetzte Mädchen auf den Armen davontreibt; fast monumental seine Gestalt als Verbreiter auf der Kanzel vor der in furchtbare Gleichförmigkeit versunkenen Menge. Vollkommen unerhört aber ist seine Verfinsternung dort, wo er „Im Grünen“, die Glücke auf dem Finger- knöchel, den Jägerhut auf dem Schädel, stehenden Auges die unmündige Natur belauert.

Diese äußerlichen und unvollständigen Aufgaben erlöschten natürlich die Fülle visionären, geistdurchdrungenen Schauern nicht, die in den „Blättern mit dem Tod“ zum Ausdruck ge- langt. Sie dürften jedoch die Mannigfaltigkeit des Bildlichen bedeutungsweise zu bezeichnen geeignet sein. Aber es handelt sich hier nicht bloß um eine Mannigfaltigkeit des Bildlichen als solchen. Dieses Bildliche kommt vielmehr selbst auf mannigfaltige Weise hervor, und aus dieser Weise hinüber zum ist Wichtiges für den Produktionsgang Kubins zu erschließen.

Die Blätter sind, wie ein aufmerksamer Betrachter leicht feststellen kann, nicht das Ergebnis eines einmaligen Wurfes oder der methodischen Vollziehung eines bestimmten Planes, obwohl sie den Künstler aneifellos von einem gegebenen, fest absehen Zeiten in festem Rahmen sich bewegenden Thema für diesen Fall gebunden erscheinen lassen. Vielmehr verhält es sich so, daß sie im Einzelnen zu verschiedenen Zeiten ent- standen und somit Zeugnis sind, für gewisse gegenwärtigen abgegrenzte Perioden in der Entwicklung ihres Schöpfers, wie sie beispielsweise zum Teil deutlich an die langsam wach- senden Arten der Bewältigung illustrativer Aufgaben, die Kubin sich gestellt hatte, erinnern. Einige Entwurfe reichen offenbar Jahre zurück, manche dürften wiederholt geformt sein, und gewiß ist, daß es geraume Zeit gedauert hat, bis der ganze Reigen sich in seinem nun bestehenden Mythen zeigte.

kommt der Präsident und sagt, diese Stimmengleichheit habe gar nichts zu bedeuten. Der Völkerverbund soll die gemeinliche und niederträchtigste Waffe, die Hungerplöcke, sanktionieren. Nicht die Männer, die mit dem Gewehr in der Faust im Schützengraben stehen, werden davon betroffen, sondern unschuldige Frauen und Kinder dabei. So sehen die Segnungen dieses Krieges aus, in den Amerika eintreten soll und solchen können soll Amerika zustimmen, sich selbst fremden Ländern ausliefern, die nichts mit ihnen gemein haben, weder in Sprache, noch Überzeugung, noch Gesinnung.

Das B.L.-B. berichtet über den Verlauf der Sitzung: Im Verlaufe der Diskussion über den Friedensvertrag im Senat wurde eine Motion bekannt, welche erklärt, daß die Vereinigten Staaten Frankreich während einer Periode von fünf Jahren zu unterstützen hätten um dessen Souveränität in Elsass, Lothringen aufrechtzuerhalten. Diese wurde mit 48 gegen 31 Stimmen abgelehnt. Nach fruchtlosen Versuchen, die Vorbehalte zu amendieren, welche die Kommission für die auswärtigen Angelegenheiten gegen Artikel 10 formuliert hatte, nahm der Senat diese Vorbehalte mit 48 gegen 33 Stimmen an.

## Kleine Nachrichten.

Gründung der Arbeitsgemeinschaft für den Handel. Die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen des Handels haben eine paritätische zusammengesetzte Arbeitsgemeinschaft des Handels ins Leben gerufen. Die Arbeitsgemeinschaft des Handels wird gebildet auf Arbeitgeberseite von dem Zentralverband des Deutschen Großhandels, der Vereinigung der Arbeitgeberverbände des Großhandels, der Arbeitsgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, auf Arbeitnehmerseite von dem Gewerkschaftsbund der Angestellten, dem Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände, dem Zentralverband der Angestellten, dem Deutschen Transportarbeiterverband. Die Geschäftsstelle befindet sich in Berlin.

## Badische Ueberlicht.

### Zur Kriegsgefangenenheimkehr.

Von zuständiger Seite wird uns geschrieben: Nach Mitteilung der Reichswehrbefehlsstelle Kreuztal ist in letzter Zeit wiederholt die Wahrnehmung gemacht worden, daß Schwindler unter der Vorgabe, aus der Kriegsgefangenschaft geflohen zu sein, und unter Vorlage echter oder gefälschter Papiere versuchen, die für die heimkehrenden Kriegsgefangenen vorgesehenen Entlassungsgebühren usw. zu erlangen. Da es sich in jedem Falle um beträchtliche Summen — mehrere hundert Mark — handelt, so würde der Staat einen erheblichen Schaden erleiden, wenn das Gelingen solcher Betrugsversuche nicht mit allen möglichen Mitteln verhindert wird.

Zur Verhütung derartiger Betrugsversuche ist von der Reichswehrbefehlsstelle Kreuztal (Unterstützungsdepartement) eine Fahndungszentrale geschaffen worden. Bei allen Generalkommandos sind Fahndungsstellen eingerichtet, die ihrerseits bei den ihnen unterstehenden Dulgaz, Bezirkskommandos und Lazaretten drückliche Fahndungsstellen einrichten werden.

Bei allen Einzelheimkehrern wird die Feststellung der Vernehmung des Anspruchs grundsätzlich durch die Fahndungsstellen besorgt und zwar zunächst durch Anfrage bei den Zentralnachweisbüros. Da diese Zentralnachweisbüros nicht völlig zuverlässige Auskunft geben können, ist häufig außerdem Anfrage bei der Polizeibehörde des Heimatortes ausnahmsweise bei einem Stammtropfenleiter oder Bezirkskommando, darüber erforderlich, ob es sich um einen Kriegsgefangenen handelt, ob es sich um einen bereits als entlassen gemeldet worden ist. Die Bezirksämter sind beauftragt, die Anfragen der militärischen Fahndungsstellen mit tunlichster Beschleunigung und sorgfältig zu beantworten.

### Die neue Gemeindeordnung.

BC. Der Zentralverband der Gemeindebeamten in Baden hat die in der Umgebung von Karlsruhe wohnenden Vorstandsmitglieder und Abgeordneten sämtlicher Fraktionen, die zum Teil Mitglieder des Zentralverbandes sind und die Vertretungen der Gemeindebeamten nach Karlsruhe zu einer Besprechung des Entwurfs der neuen Gemeindeordnung eingeladen. Anwesend war auch ein Vertreter der mittleren Städte. Den Vorsitz führte Landtagsabgeordneter Wiebmann-Budschal. Nach einem Referat des Verbandesdirektors Weiler-Karlsruhe und nach einer ausgiebigen Debatte wurde der Entwurf als geeignete Unterlage anerkannt, auf der sich die rechtlichen Verhältnisse der Gemeinden aufbauen

Das ist aber ein bedeutendes Merkmal jenes Evangeliums äußerster künstlerischer Freiheit, welches Rubin sich erkungen hat und das ihn zwar immer wieder zu neuen Betrümmungen lang besorgter technischer Gesetzmäßigkeiten führt, ihn aber auch immer wieder neue Synthesen, neue eindrucksvolle Formsprachen finden läßt, analog seiner denkerischen Entwicklung, die ihn System nach System überwinden läßt auf dem heilen Weg zur Geistesfreiheit, die er in einer demütigen Einordnung in den letzten Endes unschließlichen Zusammenhang der Dinge erblickt.

Seine künstlerische Freiheit äußert sich auch übrigens in den spezifischen Handhaben seiner Technik: Selbstgeschmittenen Nadeln und Nadeln, Stahlfedern und Pinsel gewähren ihm die Möglichkeit, leise Schwankungen der bildlichen Konzeption unmittelbar festzuhalten, und hieraus erklärt sich wieder die Tatsache, daß ein letzter Genuß seiner Arbeiten eigentlich nur vom Original geboten wird und nicht von der vervielfältigenden Nachbildung, welche die empfindlichen Feinheiten seines Stiles naturgemäß vergrößert.

Das erhellt auch aus den zwölf erstaunlichen Blättern, die Alfred Rubin zu dem prophetischen Buch „Daniel“ (Georg Müller, Verlag, München) des alten Testaments gezeichnet hat. Die Freiheit, welche der Künstler auch in technischer Hinsicht mehr und mehr gewinnt und die in einer zunehmenden Deutlichkeit des Visionären inmitten des trunkenen Spiels von Schwarz und Weiß hervortritt, ohne die Intimen, organisierenden Feinheiten“ aufzugeben, kann durch die auch bei der Verfeinerung gelegentlich nicht zurückzuführenden Reproduktion an Unmittelbarkeit der Wirkung verlieren. Aber das gilt lediglich für den, der sich schon völlig in das Rubinische Wesen eingelebt hat. Der unbefangene Betrachter wird schauernde Bewunderung auch vor dieser Wiederholung von Blättern empfinden, die den Gesichten des vom König Rebutabnegar bis zum Statthalter erhobenen frommen Juden zu entsprechen trachten. Aus diesen Gesichten, welche die dem

lassen können. Wünsche und Anträge wurden gestellt bezüglich der Einteilung der Städte und es Gemeindebeamtenrechts. Es wird gewünscht, daß die Unterschiede in den Städten beseitigt werden, und daß in dem Verhältnis zwischen den Gemeinden und ihren Arbeitnehmern, soweit es sich um kleinere Gemeinden handelt, zentrale Schlichtungsausschüsse, bei größeren Gemeinden und Städten lokale Schlichtungsausschüsse angeordnet werden. Auch wurde die Frage erwogen, ob es sich empfiehlt, das Selbstverwaltungsbrecht der Gemeinden dadurch zu heben, daß die Selbstverwaltungsbeschlußbehörden nach preußischem Muster eingeführt werden. Eine angemessene Vertretung der Amtsvorstände im Gemeinderat wurde von den Technikern beantragt und von den Mitgliedern des Zentralverbandes gutgeheißen. Die Verhandlungen waren noch unverbunden, da wegen der Personenverkehrsperre die Organisationen noch nicht getagt haben. Es kam der Wunsch zum Ausdruck, daß alle Interessenten, also auch der Badische Städteverband, sich auf einer gemeinsamen Linie finden müssen, und daß in der dritten Lesung, zu der nur Vertreter des Zentralverbandes der Gemeindebeamten herangezogen werden sollen, eine Einigung mit der Regierung erzielt wird.

### Wichtig für Auswanderer!

Ein Hauptumfeld für Schieber, Wucherer und gewissenlose Geldmacher ist der Markt der Auswanderungslustigen. Wer auswandern will, wende sich in jedem Fall zu seinem eigenen Besten an die nächste Zweigstelle des Reichswanderungsamtes. Gewissenhafte Auskunft über die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse des Auslandes, die diplomatischen und sonstigen Vertretungen des deutschen Reichs und über alles Wissensnotwendige wird dort bereitwillig und kostenlos erteilt. Zweigstelle in Baden: Freiburg i. Br., Belfortstraße 18-20; Sekretariate: Mannheim im K 1, 16, Karlstraße, Blumenstraße 3, Konstanz, Brüdengasse 1.)

### Falsche Gerüchte über das Murgwerk.

Da weit verbreitete Gerüchte veranlassen zu einigen Bemerkungen über den Zustand und die Leistungsfähigkeit des Murgkraftwerkes.

Die hiesigen Anlagen des Murgwerkes sind durchweg in ausgezeichnetem Zustande. Weder der Murgstollen noch etwa eines der Stauwerke weisen Schäden auf, die etwa der Kraftausnutzung in ihrem vollen Umfange irgendwie abträglich sein könnten. Der Ursprung der Turbinen, Generatoren wie auch der Transformatoren ist deutsch. Es kann keine Rede davon sein, daß Teile dieser Einrichtungen belgischer Herkunft wären und infolgedessen wieder abgeliefert werden müßten zum Schaden der Stromerzeugung des Werkes. Die Leistungsfähigkeit des Werkes schwankt je nach Wasserstand zwischen rund 2000 und 20000 Kw. Sein hauptsächlichster Borzug wird gebildet durch ein Sammelbecken von 360000 cbm Inhalt, durch das bei mittleren und niederen Wasserständen Spitzenleistungen weit über die Tagesdurchschnittsleistung ermöglicht werden.

Gerüchte der obigen Art haben schon in der vergangenen Woche Veranlassung gegeben, daß das Murgwerk von einer Arbeitsordnung aus Karlsruhe Großbetrieben besucht wurde. Diese Abordnung konnte feststellen, daß alles in bester Ordnung sei und nichts vorliege, das aus Anlaß der Kraftnot einer weiteren Öffentlichkeit vorenthalten worden wäre.

### „Heidelberger Vereinigung“ gegen die Blockade Rußlands.

Die sog. Heidelberger Vereinigung, eine Arbeitsgemeinschaft für eine Politik des Reichs usw., erläßt einen Aufruf, den als erster Brigg War von Baden unterzeichnet hat, gegen die Teilnahme Deutschlands an der Blockade Rußlands. Deutschland habe selbst vier Jahre lang unter der Blockade gelitten. Es gebe eine Grenze für das, was die Regierungen, die den Versailles Vertrag gemacht haben, und in seinem Geiste heute noch dem größten Teil Europas den Friedenszustand vorenthalten, vor der öffentlichen Meinung ihrer Länder rechtfertigen könnten.

### Zuu Eisenbahnunglück bei Ortenberg.

Der durch den Zusammenstoß zweier Güterzüge auf Station Ortenberg geführte Zugverkehr auf der Schwarzwaldbahn konnte am Freitag früh wieder aufgenommen werden, nachdem es gelungen war, die Gleise von den Trümmern freizumachen. Die Unfallstelle bot ein Bild grauenvoller Verwüstung. Zwischen den teils umgestürzten und zersplitterten Wagen lag als Fruchtgut, hauptsächlich Keks, Holz und Obst. Auch ein Wagen mit Wein wurde zerstört, wobei viele Fässer in Trümmer gingen. Der Führer des von Bellingen kommenden Güterzuges hatte übrigens im letzten Augenblick die Gefahr erkannt und wie der Hebel seiner Lokomotive zeigte, Gegenampf gegeben. Der getödete Heizer kammt aus Bellingen und heißt Derat. Die Ursache des Unglücks dürfte darin zu suchen sein, daß der Lokomotivführer bei dem herrschenden Nebel- und Schneetreiben das Signal nicht deutlich erkannte.

Daniel gegenwärtigen und an seine Lebenszeit anschließenden Weltereignisse darstellen unter dunklen, doch keineswegs verschwommenen, unheimlich phantastischen und dabei geradezu mit mathematischer Akkuratheit durchgeführten Sinnbildern, hat Rubin einige, die — wie der Feuerstein, die Löwengrube, das große Tier — besonders reizend, herausgegriffen und es verstanden, die anschauliche Gewalt vorchristlicher Mythen vor dem Hintergrund der babylonischen Kultur einzuatmen zu lassen und so das Buch Daniel einer Transfusion neuerzeitlichen Lebensblutes zu unterziehen. Das ist ein neuer Beweis, nicht nur der fortgeschrittenen Künstlerkraft Rubins, sondern auch seiner rein geistigen Lebensfülle, die allen Erschütterungen gewachsen und begabt ist, auch mit dem Größten sich einzulassen.

In seiner Selbstbiographie deutet Rubin an, daß er einige seiner Gedanken über das Traumleben, wonit der ganze Bezirk abender, schauernder, erkennender Erlebnisse, die seinem Schaffen zugrunde liegen, umgibt ist, vielleicht einmal niederschreiben und der Öffentlichkeit übergeben werde. Daß dies in der Tat geschehe, erscheint wünschenswert, nicht nur im Hinblick auf die sich daraus ergebenden weiteren Einsichten in die Welt Rubins, vielmehr ganz besonders deshalb, weil es ein Dokument von außerordentlicher Bedeutung sein würde, da dann ein Mensch, der von allen Zeitgenossen vieldeutlich am tiefsten, in den Strudel übermenschlichen Lebens hineingetaucht ist, von diesem allem geistigen Schaffen zentral zugrunde liegenden Daseinsquell offenbarende Kundmachungen herausgibt, die der Erkenntnis des Zusammenhangs der Dinge neues, vielleicht bahnbrechendes Material übermitteln könnten. Diese Veröffentlichung des Dichters werden viele Kreise mit nicht geringerer Spannung erwarten als die schon vorbereiteten neuen Publikationen des Künstlers Alfred Rubin.

## Zum Kampf gegen das Schiebertum und die Schleichhändler.

Mörsen, 13. Nov. In den letzten Wochen wurden im Bezirk Mörsen ca. 5000 Liter Branntwein, 2 Stück Großvieh, 3 Ztr. Fleisch, 4 Ztr. Getreide, 3 Ztr. Brotfrucht, 1 Ztr. Käse beschlagnahmt.

BC. Bellingen, 14. Nov. Vor einiger Zeit brachten wir die Meldung, daß im vorderen Ringigtele ein Unbekannter bei einer Gemeinde als Untersuchungsrichter auftrat, um Erhebungen wegen Unterschlagungen zu machen und aus diesem Anlaß die Gemeindefasse beschlagnahmte. Der falsche Untersuchungsrichter bemerkte auf dem Wege zur Bahn, daß er vergessen hatte, die beschlagnahmten Bücher mitzunehmen und sandte den Gemeindevorstand zurück, um die Bücher zu holen. In der Zwischenzeit verschwand dann der falsche Untersuchungsrichter mit der Kasse. In St. Georgen ist jetzt ein 23-jähriger Mann verhaftet worden, der unter dem Verdacht steht, die Köpenickdiade im vorderen Ringigtele gespielt zu haben. Es soll auch noch andere strafbare Handlungen begangen haben.

BC. Walsdorf, 13. Nov. Im September und Oktober haben vier Kurgäste des Kurhauses St. Blasien im Krafftögen Samstagsabenden unternommen und eine reiche Ausbeute von Landwirten in Hofel mitgenommen. Bei der letzten Fahrt wurden sie von der Gendarmerie in St. Blasien empfangen, die ihnen 10 Pfund Butter, 30 Liter Kirchwasser u. a. abnahm. Für das Kirchwasser hatten die Hamster 30 M., für ein Ei 80 Pfennig und für ein Pfund Butter 15 M. bezahlt. Die Staatsanwaltschaft hat gegen die Hamster empfindliche Gefängnisstrafen bis zu 6 Wochen und Geldstrafen bis zu 3000 M. und Einziehung der Hamsterwaren und des Übergewinnes beantragt. Die Namen der bei dem unläuteren Geschäft beteiligten Personen werden veröffentlicht. Die Hamster sind Fabrikant Ludwig Jakob aus Berlin und Fabrikant Hermann Fabrikant aus Berlin, die Landwirte heißen Katharina Koser, Karl Güdemann und Berona Güdemann, sämtlich aus Hofel.

Konstanz, 12. Nov. In den letzten drei Wochen sind auf Veranlassung des hiesigen Bezirksamts durch das Ministerium 35 Schieber und Schleichhändler teils aus Baden, teils aus dem Grenzgebiet ausgewiesen worden. Weitere Ausweisungen sind beantragt. Wer schiebt und Schleichhandel treibt, muß weg von der Grenze. Die Bevölkerung möge das Bezirksamt unterstützen und alle diese bunsten Ehrenmänner, die den Ruf unserer Stadt gefährden, rüchichtslos zur Anzeige zu bringen. Die Fahndungsabteilung ist jederzeit gern bereit, Fingerspitzen entgegenzunehmen, das Bezirksamt ist dankbar, wenn es von allen Kreisen der hiesigen Einwohnerschaft in der Bekämpfung dieser Schmaroker unterstützt wird.

## Badische Zeitungstimmen.

(Für den Inhalt der hier veröffentlichten Zeitungstimmen übernimmt die Redaktion keine politische Verantwortung. Die Zeitungstimmen dienen dem Zwecke der Orientierung; sie sollen ein objektives Bild geben von den Stimmungen und Anschauungen, die in den Blättern des Landes zum Ausdruck gelangen.)

Die Tätigkeit des badischen Ministeriums des Auswärtigen.

Die „Badische Korrespondenz“ schreibt: Die Entscheidung darüber, ob die Regierung eines Umbildung unterzogen wird, ist noch nicht gefallen. Es erübrigt sich deswegen, heute eine Zusammenstellung darüber zu machen, was im Laufe des letzten Jahres auf dem Arbeitsgebiete des Ministeriums des Auswärtigen auf diesem behandelt wurde. Davon ist übrigens, wie wir hören, manches heute noch nicht für die Öffentlichkeit geeignet. So viel darf aber gesagt werden, daß von dem Ministerium zwei große Aufgaben zu erledigen waren. Die eine war die Mitwirkung bei der Schaffung einer Reichsverfassung und in Verbindung damit die notwendige Auseinandersetzung mit dem Reich, die andere Aufgabe war die Mitwirkung bei dem Friedensschluß und bei der Ausführung des Friedensvertrages. Bei der Auseinandersetzung mit dem Reich und bei der Schaffung der neuen Verfassung, die für die Zukunft des Deutschen Reiches besonders wichtig sind, hat Baden eine klare Haltung eingenommen, die leider nicht den verdienten Erfolg erzielte. Die Haltung der Nationalversammlung und auch der Zusammenbruch Waberns tragen daran nicht zum wenigsten Schuld. Die Bemühungen um eine Verbesserung des Friedensvertrages, die bekanntlich auf der ganzen Linie erfolglos waren, haben das badische Ministerium des Auswärtigen nicht abgesehen, zu versuchen, bei der Ausführung des Friedensvertrages die Interessen des Landes weitestgehend zu wahren. Diese Arbeit ist heute noch im Gange und gehört zu einer der wichtigsten Aufgaben der badischen Politik.

### Verkauf nur zum Friedenskurs

Man schreibt dem „Karlsruher Tagblatt“: „In einer norddeutschen Stadt — der Name tut eigentlich nichts zur Sache (Hannover) — hat eine Vereinigung von

## Landestheater.

Der „Postillon von Lonjumeau“, die erfolgreichste der reizenden Spieloperen Adams, ist an unseren Theatern auch heute noch ein jederzeit gern gesehener Gast. Das Publikum schätzt das liebenswürdige Werk um seiner frischen Melodien willen, die Sänger und Darsteller wissen die wirkungsvollen Rollen zu würdigen, die es ihnen bietet; und das gleiche dürfte für das Orchester gelten, dessen verschiedene Gruppen die feinsinnig und effektiv instrumentierte Partitur dankbare Aufgaben zuweist. Wenn die diesmalige Aufführung nicht restlos befriedigte, so lag dies in erster Linie an der schwerfälligen, zu sehr am Detail haftenden und die Tempi unendlich verschleppenden Stabführung des Dirigenten Herrn Hofmann, die mehrfach zu rhythmischen Schwankungen führte. Den Chorus gab Franz Scherdt. Im ersten Akt mehr der „verfluchte Red“ aus der Wachtstube als „Schwager“ vom Kuchelhof zeichnete er späterhin den unschämlichsten Ritter vom hohen C mit fiebern, feintönigen, von Übertreibungen freien Strichen. Musikalisch war seine Leistung zu sehr auf den „Reiher“ eingestellt. Was an den Darbietungen dieses Sängers immer noch läßt, das ist der Mangel an Gesangskultur, obgleich man zugeben darf, daß der Künstler in der Zeit seines Daseins immerhin gewisse Fortschritte gemacht hat. Frau von Ernst sang und spielte die Doppelrolle Madame-Frau von Latour mit der ganzen charmannten Kunst der Verlebung und charakteristischen Manierierung, die wir von jeher an ihr kennen. Der umwandelnde Marquis von Corch Herrn Puffards, eine der besten komischen Rollen des intelligenten Künstlers, bedarf keiner Lobensworte mehr. Auch Herr Dandé, der an Stelle Eds den Bijou gab, zeigte darstellerischen Humor. Daß er damit noch nicht zum Ideal eines „Bassisten“ wurde, braucht kaum besonders betont zu werden. Orchester und Chor hielten sich durchweg wacker. E. H.

Kaufleute beschloßen, an Ausländer keine Ware zu verkaufen, wenn diese mit eingewechseltem deutschem Gelde zahlen wollen. Ausländisches Geld wird beim Einkauf aber nur angenommen, wenn der volle Wert des deutschen Geldes berechnet wird, also der holländische Gulden mit 1,80 M., der französische Frank zu 80 Pfennig, die dänische Krone zu 1,15 M., der englische Schilling zu 1 M.

Diese Mitteilung ist wert, in den Spalten aller Blätter abgedruckt zu werden, damit die weitesten kaufmännischen Kreise die Anregung erhalten, ähnliche Beschlüsse zu fassen. Denn so wie jetzt kann es nicht weitergehen. Deutschland wird ausverkauft.

Durch die besetzten Gebiete, aus den skandinavischen Ländern und von der Schweizer Grenze her strömen die Einkäufer, die scheinbar zu hohen Preisen, in Wahrheit um lächerliches Geld zusammenlaufen, was ihnen nur immer in die Augen sticht. Dem deutschen Publikum, das auch kaufen will, werden die schönsten und oft auch die notwendigsten Dinge vor der Nase weggeschnappt von Dänen, Schweden, Holländern und Schweizern, die für uns unerhörliche Preise zahlen und dabei noch lachen, weil es für sie bei dem entsetzlich gesunkenen Markkurs immer noch eine Bagatelle ist. Die Läden werden

von den Ausländern förmlich geplündert und Deutschland hat bald nicht nur kein Geld, sondern auch keine Werte mehr.

Vom Ausland selbst werden diese Vorgänge mit Schrecken beobachtet, wenigstens von den politisch denkenden Kreisen. Der Schweizer Gesandte in Berlin hat sich dahin geäußert, daß der deutsche Ausverkauf für die Schweiz höchst bedenkliche Folgen habe. Der Tiefstand der deutschen Baluta bringe der Schweizer Industrie und dem Schweizer Handel schwere Konkurrenz. Die Schaffhauser gehen gegenwärtig als Spaziergänger über die Grenze nach Büdingen und kehren beladen mit allerlei deutschem Gut in die Stadt zurück. Schöne Einmachgläser samt Kautschukring kosten nur 40 Rappen nach Schweizer Geld. Die beschriebene Aussteuer einer Braut erfordere in der Schweiz eingekauft 8000 Francs. In Deutschland erhält man dieselbe für 4000 Francs.

Vom deutschen Standpunkt könnte es ja erfreulich erscheinen, wenn ein lebhafter Export einsetzt und das Ausland mühte eben sehr, wie es sich hilft und dieser Konkurrenz begegnet. Aber dann mühte es sich um überschüssige deutsche Produktionsware handeln, nicht um Gebrauchsgüter, die wir zurzeit in Deutschland selbst sehr notwendig haben, oder um unerfährliche Kunstwerke. Wegen dem Ausverkauf un-

ferer letzten und besten Dinge mühte endlich ein Niegel vorgeschoben werden, und dies geschähe tatsächlich durch ein bindendes Abkommen der deutschen Handelswelt, an Ausländer nur gegen ausländisches Geld und zum Friedenskurs zu verkaufen. Es genügt nicht, wie es neuerdings die Berliner Hotels wegen der Wohnungsnot tun, daß der Ausländer doppelte oder dreifache Pension zahlen muß, sondern man sollte alle fremden Einkäufer unentbehrlicher und antiquarisch wertvoller Dinge zwingen, mit ihrem Geld nach Vorkriegskurs zu zahlen. Der Erfolg dieser Maßregel wäre ein zweifacher. Einmal wird der deutsche Käufer gegenüber dem jetzt als Herr der Lage auftretenden Ausländer wieder Konkurrenz, d. h. zahlungsfähig, denn die Preise können nicht mehr so wie bisher ins Phantastische getrieben werden. Und zweitens können wir gar nicht genug ausländisches Geld hereinbekommen. Die heilende Wirkung auf unsere Baluta wird sich sehr schnell bemerkbar machen. Nur damit muß gewarnt werden: Vor einer gesetzlichen Regelung. Ein Gesetz wäre nur dazu da, um — umgangen zu werden. Wenn aber der solide deutsche Kaufmann — den gibt es noch, trotz allem Schieber- und Buchertum — sich freiwillig bindet, dann wäre hier wirklich der Augenblick gekommen, in der trotzlosen Balutafrage, einen Schritt aufwärts zu tun.

# Karlsruher Adreßbuch 1920

erscheint wie sonst in der ersten Hälfte des Dezembers. Vollständig umgearbeitet nach den neuen Verhältnissen. Nachschlagebuch für den bargeldlosen Zahlungsverkehr. Neu aufgenommen: Mieterschutz und Maßnahmen gegen Wohnungsmangel, Dienstvertrag für Hausangestellte, Sonnagsruhe, Beschäftigungszeit der Angestellten, Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, neue Bestimmungen über Kaminreinigung, Straßenbahnbeförderung, Bestattung, Post- und Telegraphenwesen. Klare und präzise des Randes, Konzertsaal und Koloosseum. Ausführliche Rundschau über die Lebensverhältnisse, Sammlungen usw., mit Erbauer, Baujahr, Öffnungszeiten, Eintritt u. a. m. Beschreibung des Stadtparks mit Abbildungen. Neuer Stadtplan von Karlsruhe mit Vororten u. Knielingen, sowie Bezeichnung der öffentl. Bauten u. wichtigen Betriebe. Jede Buchhandlung nimmt Bestellungen an sowie der Verlag, Karlsruherstr. 14 (Schalterraum).

## Ämtliche Bekanntmachung.

**Verordnung über die Enteignung und vorläufige Sicherstellung von Betriebsstoffen.**  
Vom 27. August 1919.

Auf Grund der die wirtschaftliche Demobilisierung betreffenden Befugnisse wird nach Maßgabe des Gesetzes, betreffend Auflösung des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilisierung, vom 26. April 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 438) verordnet, was folgt:

### § 1.

1. Rohbenzole, einschließlich der benzolhaltigen Vorergzeugnisse der Gasanstalten;
2. Leuchtöle aus der Steinkohlen- und Braunkohlen- teerdestillation;
3. die bei der weiteren Aufarbeitung dieser Rohbenzole und Leuchtöle entstehenden benzolartigen Körper, die bei der Destillation bei 760 mm Barometerstand bis 200° Celsius mindestens 90 vom Hundert Destillat ergeben, z. B. Benzolvorlauf, Benzol, Toluol, Lösungsbenzole und sogenanntes Schwerverbenzol;
4. alle sonstigen benzol- und benzinartigen Körper, die aus Prozessen der Destillation, der pyrogenen Zersetzung, der Druckerwärmung, der Druckdestillation oder der Wasserstoffaddition von Kohle, Kohlerzeugnissen, Mineralölen oder Mineralöl- erzeugnissen stammen oder aus Erdgas hergestellt sind.

Vinsichtlich deren gegen die Beschlagnahme, Höchstpreis-, Verteilungsvorschriften und sonstigen einschlägigen Bestimmungen verfahren wird, können von der Betriebsstoffabteilung der Mineralölversorgungsgesellschaft

### § 2.

Die Enteignung erfolgt durch schriftliche Anordnung, die an den Eigentümer oder den Inhaber des Gewahrsams zu richten ist. In ihr ist diejenige Person zu bezeichnen, auf die das Eigentum übergehen soll. Der Eigentumsübergang ist vollzogen, sobald die Anordnung dem Eigentümer oder dem Inhaber des Gewahrsams zugeht.

### § 3.

Der von der Anordnung Betroffene ist verpflichtet, die Gegenstände ordnungsgemäß zu verwahren und sie herauszugeben, insbesondere sie auf Verlangen und Kosten des neuen Eigentümers zu überbringen oder zu überfördern.

### § 4.

Der von dem neuen Eigentümer zu zahlende Übernahmepreis darf den zur Zeit der Enteignung geltenden geringsten Höchstpreis nicht übersteigen. Werden gegen diesen Preis Einwendungen erhoben, so setzt die Betriebsstoffabteilung der Mineralölversorgungsgesellschaft m. b. H. den Übernahmepreis fest. Der Übernahmepreis wird, falls gegen die Entscheidung der Betriebsstoffabteilung der Mineralölversorgungsgesellschaft m. b. H. binnen einer Ausschlussfrist von vier Wochen nach Zustellung Einspruch erhoben wird, durch das Reichswirtschaftsgericht endgültig festgestellt.

### § 5.

Besteht Grund zu der Annahme, daß bei den im § 1 genannten Stoffen die Voraussetzungen für eine Enteignung nach § 1 vorliegen, so sind die Beauftragten (Revisoren) der Betriebsstoffabteilung der Mineralölversorgungsgesellschaft m. b. H. berechtigt, auch vor der Enteignung die Sicherstellung der Gegenstände zu veranlassen. Die Beauftragten können insbesondere zum Zwecke dieser Sicherstellung — gegebenenfalls unter Hinzuziehung der zuständigen Ortspolizeibehörde — die Fortschaffung und vorläufige Aufbewahrung dieser Stoffe anordnen und durchzuführen. Aber die getroffenen Maßnahmen sind eine Verhandlung mit dem Beteiligten aufzunehmen.

### § 6.

Alle die vorläufige Sicherstellung betreffenden Anordnungen der Beauftragten treten außer Kraft, wenn nicht binnen vier Wochen die Enteignung der sichergestellten Gegenstände durch die Betriebsstoffabteilung der Mineralölversorgungsgesellschaft m. b. H. erfolgt.

### § 7.

Soweit nicht nach den allgemeinen Strafgesetzen höhere Strafen verurteilt sind, wird mit Geldstrafe bis zu einhunderttausend Mark bestraft.

1. wer vorsätzlich der Vorschrift des § 3 zuwiderhandelt.
2. wer unbesetzt einen vorläufig sichergestellten oder enteigneten Gegenstand betriebsfähig, beschädigt oder zerstört, verwendet oder sonst über ihn verfügt.

§ 8.  
Diese Verordnung tritt am 27. August 1919 in Kraft.  
Berlin, den 27. August 1919.  
Der Reichswirtschaftsminister:  
Scheidt.

Vorstehende Verordnung bringen wir zur öffentlichen Kenntnis.  
Karlsruhe, den 18. November 1919.  
Bezirksamt — Polizeidirektion. D. 3.303.

**Badisches Landestheater**  
Dienstag, den 18. November 1919  
**Wallensteins Tod**  
Anfang 6 Uhr (Mittel-Preise)

**Handels-Hochschulkurse**  
Karlsruhe.  
Nachdem die Beleuchtungsschwierigkeiten behoben sind, finden die Vorlesungen vom 17. November an wieder statt.  
Am 4. Dezember beginnt der zweite Halbssemesterkurs über:  
**Politik und Technik der Eisenbahntarifbildung.**

1. Wesen und Zweck der Eisenbahntarifpolitik.  
2. Grundlagen der Eisenbahntarifpolitik.  
3. Zusammenhang mit Bau-, Betriebs- und Fahrplanpolitik.  
4. Allgemeine Grundsätze der Tarifbildung.  
5. Grundsätze der Tarifbildung im Personenverkehr, 6. im Gepäckverkehr, 7. im Tierverkehr, 8. im Güterverkehr, geschichtliche Entwicklung, technischer Aufbau der Tarife, Ausnahmestarife.  
Dozent: Herr Stadtrechnungsrat Pfeiff vom städtischen Hafenamt Karlsruhe.  
Jeden Donnerstag, abends 8 Uhr.  
Beginn 4. Dezember.  
Anmeldungen gegen Vorauszahlung der Besuchsgebühr werden in folgenden Buchhandlungen entgegengenommen:  
J. Bielefelds Hofbuchhandlg., J. Links Buchhandlung, Weststadt-Suchhandlg. Ernst Lützerath.  
Karlsruhe, November 1919.  
**Das Kuratorium.**

**Grundstücks-Zwangversteigerung.**  
Grundstück: Gemarkung Karlsruhe:  
1. Lsg. Nr. 4864: 1 a 54 qm Hofreite mit einstöckigem Schuppen, 19 a 82 qm Acker, auf 21 a 36 qm, Lamesstr. 17. Schätzung: 18600 M.  
2. Lsg. Nr. 8008: 14 a 02 qm Acker am Mühlburger Weg, Schätzung: 2100 M.  
3. Lsg. Nr. 8020: 22 a 23 qm Acker am Mühlburger Weg, Schätzung: 3300 M.  
4. Lsg. Nr. 8670: 10 a 03 qm Acker in den Weingärten, Schätzung: 1000 M.  
5. Lsg. Nr. 8689: 14 a 71 qm Acker in den Weingärten, Schätzung: 1500 M.  
6. Lsg. Nr. 8704: 15 a 03 qm Acker in den Weingärten, Schätzung: 1500 M.  
Grundstück: Gemarkung Knielingen: Lsg. Nr. 2320: 7 a 24 qm Acker im Gemarkung Waldäcker. Schätzung: 900 M.  
Versteigerungstermin: Dienstag, den 16. Dezember 1919, vormittags 9 Uhr, im Notariatsgebäude Akademiestr. 8.  
Mündliche Auktion gebührenfrei beim Notariat. Karlsruhe, den 18. November 1919.  
Notar Dr. G. als Versteigerungsgericht.

**MOBEL!**  
Kompl. Wohnungsausstattungen, einzelne Zimmer- und Kücheneinrichtungen, sowie Einzelmöbel, Betten und alle Arten Polstermöbel in reicher Auswahl empfiehlt in altbekannter, guter, solider Ausführung F. 928  
das Möbel- und Betten-Geschäft  
**Ludw. Seiter, Waldstr. 7.**

Silberne und goldene Dosen usw.  
Alte Porzellane, Gruppen, Figuren, Tassen  
Schöne Bronze-Uhren und Sonnenuhren  
Schmuck, Teppiche, Gobelins, Möbel, Bilder  
Englische, deutsche und franz. Kupferstiche sowie sonstige Altertümer jeder Art  
kauft zu bekannt realen Preisen  
**Antiquar Sasse Kaiserstr. 232**  
Telephon 1154

**Kontroll-Kasse**  
Rational, gut erhalten, sucht zu kaufen. Abholung sofort  
**G. Dittes Tübingen,**  
Neutingenstraße 12.

**Ele-Coupe**  
gant. Coupee  
gut erhaltener Wagen, lägele Fabrikat, weil entbehrlich zu verkaufen. Anfragen erbeten unter 5.189 an die Expedition des Blattes.

**Vitamore!**  
Abteil I. — Abteil II.  
**Vornehmste**  
Anbahnung glückl. Ehen bietet unsere beste u. größte  
**Organisation**  
diskret - schnell - erfolgreich in allen Städten  
**Deutschlands**  
Probeliste gegen Einsend. von 1.00 Mk. durch **E. Leps, Berlin G. 72,**  
Tauentzienstraße 6.

**Hals- und Lungenleiden**  
Bei  
**Rotolin-Pillen**  
in jahrelanger Praxis — vorzügliche Erfolge.  
**Husten, Verschleimung, Auswurf,**  
Nachschweiß, Stiche im Rücken und Brustschmerz hören auf; Appetit und Körpergewicht haben sich gehoben; allgemeines Wohlbefinden stellt sich ein. — Erhältlich bei Apothekern, Apothekern und Heilenden einwandfrei bewiesen, unerschütterlich.  
3—4 M. in allen Apotheken; wenn nicht vorrätig, auch direkt von uns durch unsere Versandapothek  
Kosmische Drogerie kostenlos durch  
**Ploetz & Co., Berlin SW 68.**

**Bekanntmachung.**  
Diejenigen enklaffenen Heeresangehörigen, welche Rentenansprüche bei der Versorgungsstelle gestellt haben, und aus diesen oder ähnlichen Gründen zur ärztlichen Untersuchung hierher bestellt werden, werden dringend ersucht, dieser Aufforderung pünktlich nachzukommen, oder umgehend eine Mitteilung über die Unmöglichkeit ihres Erscheinens hierher gelangen zu lassen.  
Alle, welche vorstehender Aufforderung nicht nachkommen, schädigen das Wohl ihrer Kameraden, da die für ihre Untersuchung anberaumte Zeit unbenutzt bleibt, und neue Leute nicht mehr rechtzeitig bestellt werden können.  
Karlsruhe, den 14. November 1919.  
Versorgungsstelle Karlsruhe.

**Einlösung von Schuldverschreibungen der Stadt Raftatt.**  
Nachverzeichnete städtische Schuldverschreibungen vom Jahre 1908 sind zur Heimzahlung auf 1. Dezember 1919. gezogen worden:  
Lit. A zu 2000 Mark Nr. 296, 316, 358, 377,  
Lit. B zu 1000 Mark Nr. 47, 69, 75, 182, 199, 349, 572, 692, 719,  
Lit. C zu 500 Mark Nr. 2, 146, 303, 478,  
Lit. D zu 200 Mark Nr. 61, 123, 285, 428, 496.  
Die aufgeführten Schuldverschreibungen werden auf den bezeichneten Termin, an welchem auch der Zinsenslauf aufhört, gekündigt und gegen Übergabe derselben einschließlich der noch nicht verfallenen Zinscheine und Zinscheineinweisungen in Raftatt bei der Stadtbank, ferner bei der Süddeutschen Discontogesellschaft A. G. in Mannheim, sowie deren Niederlassungen in Freiburg i. Br., Heidelberg, Laubach, Landau und Pforzheim, bei der Direktion der Discontogesellschaft in Frankfurt a. M., den Herren Straus & Cie in Karlsruhe und den Herren Ephraim Mayer & Sohn in Hannover eingelöst.  
Für etwa fehlende Zinscheine wird der Betrag am Kapital in Abzug gebracht und zurückgehalten.  
Raftatt, den 13. November 1919.  
Der Gemeindevorstand  
Kerner. Joller.

**Junge geb. Dame**  
Abgemitteltbildung, sucht Stellung als  
**Gesellschafterin**  
oder bessere Stütze (sehr kinderlieb u. im Hauswesen erf.). Geht Offert. a. H. R. Lenz, Erfurt, postlagernd.

**Neue Frauenkleidung und Frauenkultur**  
Organ des Verbandes für deutsche Frauenkleidung und Frauenkultur  
Schriftleitung:  
Clara Sander, Else Wirminghaus, beide in Köln  
Mit zahlreichen Abbildungen und Zeichnungen, sowie Schnittmusterbogen  
Probefeste kostenfrei  
Verlag der G. Braunschen Hofbuchdruckerei in Karlsruhe

**Raftscheibversteigerung.**  
Die Stelle des Grundbuchführers der Gemeinde Dos (4080 Einwohner) ist neu zu besetzen. Erfahrene, für das Amt geeignete und befähigte Bewerber wollen ihre Gesuche unter Angabe des Lebenslaufes und der Gehaltsansprüche bis zum 4. Dezember 1919 anberreichen.  
Dos, 14. November 1919.  
Der Gemeindevorstand:  
J. B. 31e.

**BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK**

Baden-Württemberg